

Editorial

Gerd Mielke, Peter Kuleßa

Vor der Bundestagswahl 2021: Auf dem Weg zu einer critical election?

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2021-0052>

„Das politische System scheint in seinem Zentrum, dem Parteiensystem, angeschlagen. Die „Tanker“ der Volksparteien können im hektischen Bemühen um Normalität nur schwer auf eingespielte Routinen verzichten. Sie bleiben auf eingeschlagenem Kurs – Erzeugung von Massenloyalität für politische Entscheidungen. Doch die Pannen auf der Kommandobrücke (Parteispendenaffären, Barschelladen ...) häufen sich ebenso, wie es im Maschinenraum zu ermüdeten Gleichgültigkeit kommt. Die politischen Fahrwasser sind noch dazu unruhiger geworden, seitdem am Horizont das Kaperschiff der Grünen auftauchte und das Fahrwasser der Tanker kreuzte. Nach ersten Aufregungen wird in den Offiziersmessen zwar wie ehemals fröhlicher Einstand gefeiert, doch in solcher Atmosphäre ist auch schon eine Titanic unerwartet gesunken. Bei kälter werdender politischer Großwetterlage gilt es, den Fluß der Eisberge abzuschätzen und einen Blick auf die Untiefen zu werfen, die die Strömung beeinflussen. Ist die Beweglichkeit der Tanker ausreichend für die neuen Anforderungen? Welche Möglichkeiten haben die kleineren, wendigeren Schiffe? Oder sollte es gar dazu kommen, daß das Abtauchen in die bewegte See des Sozialen Erfolg verspricht, wenn die politischen Flottillen nicht mehr weiterkönnen? Doch verlassen wir nun den metaphorischen Rahmen: Die Beiträge unseres Themenheftes umkreisen – um es prosaisch auszudrücken – die Fragestellung der Zukunft des politischen (Parteien-) Systems.“

Jenseits der zeithistorischen Bezüge besitzt das Editorial des Forschungsjournals Neue soziale Bewegungen aus Heft 4–1988 auch 33 Jahre später konkreten Gegenwartsbezug. Denn als wir uns an die ersten Überlegen eines weiteren Heftes in der langen Tradition diverser Hefte zum Thema Parteien im Forschungsjournal machten, spielten die grundlegenden Fragen nach der Zukunft des Parteiensystems an sich und mit Blick auf die Umstände des Wahljahres 2021 im Besonderen eine gewichtige Rolle.

Das Heft erscheint bewusst vor der Bundestagswahl und ließe sich so als eine Art „Vorwahlheft“ titulieren. Dies ist jedoch unpräzise, denn es soll in diesem Heft um die Betrachtung politischer Prozesse und Strukturen gehen, die dann

das eigentliche Wahlgeschehen im September beeinflussen. Sollten also bei der Lektüre Zahlen oder Prozentangaben auffallen, die nicht mehr aktuell sind, so ist dies dem Umstand des Redaktionsschluss' Mitte Mai 2021 geschuldet. Für den Kontext des Heftes ist das aber verkraftbar. Denn: Das Heft ist ausdrücklich kein Versuch einer vorweg platzierten, spekulativen Wahlanalyse, die sich vornehmlich auf die Wählerinnen und Wähler und ihre Präferenzen konzentriert. Dafür gibt es gute Gründe. Auf dem Forschungsfeld der Wahlanalysen sind auch diesmal – wie in jedem anderen Bundestagswahljahr – längst ganze Bataillone von Umfrageforschern in Stellung gegangen. Sie werden unmittelbar nach der Wahl und dann über Monate und Jahre hinweg alle gängigen Aspekte des Wählerverhaltens, gewissermaßen als fortlaufendes „Nachwahlheft“, analysieren und interpretieren. Das hier angepeilte „Vorwahlheft“ soll sich demgegenüber auf eine Betrachtungsweise ausrichten, die vor allem die Parteien als politische Anbieter und die Kontexte, in dem diese Parteien agieren, in den Mittelpunkt rückt.

Die Frage, ob sich die Parteien auf eine „kritische Wahl“ zubewegen, ist die theoretische und analytische Folie der Texte. Mit dem einprägsamen Begriff der „kritischen Wahl“ – oder wie es im Original heißt „critical election“ – wird auf einen Klassiker der frühen amerikanischen Wahlforschung angespielt. Im Jahr 1955 veröffentlichte V. O. Key jr. im „Journal of Politics“ seinen berühmten Aufsatz „A Theory of Critical Elections“, in dem er einen Typus von Wahlen herausarbeitet, bei dem relativ große und über einen längeren Zeitraum stabile Umbrüche in der Wählerschaft sichtbar werden. „Critical elections“ sind also Wahlen des Umbruchs, durchaus im Gegensatz zu anderen Wahltypen, in denen eher Stabilität vorherrscht und keine auffälligen Veränderungen in Sicht sind.

Keys Analysen der „critical elections“ haben einen wichtigen Beitrag zu einer langen, im Grund bis heute fortdauernden Diskussion unter amerikanischen, aber auch deutschen Wahlforschern über die Mechanismen solcher Umbrüche in der Wählerschaft, also auf der politischen Nachfrageseite, gefunden. Das Konzept der „critical elections“ lädt aber auch zu einem Blick auf die spezifischen Ursachen auf dem weiten Feld der politischen Angebote und Kontexte ein, die überhaupt erst eine so breite Um- und Neuorientierung in der Wählerschaft auszulösen vermögen. Diese zweite Analyseperspektive mit ihrer vorrangigen Konzentration auf den Wandel von Kontexten und Akteuren vor der Wahl hat Rainer-Olaf Schultze in einem Beitrag für Heft 4/2018 der „Zeitschrift für Parlamentsfragen“ mit dem Titel „Realignment oder das Ende normaler Politik? Wahlen im Wandel des historisch-politischen Kontextes“ gewählt und unter dem Leitmotiv „Kritische Wahlen und Politikwandel“ für die bundesrepublikanische Wahlgeschichte entwickelt.

Das „Vorwahlheft“ greift in erster Linie diese zweite Perspektive auf und soll entsprechend Wandlungsprozesse in den Kontexten und bei den Akteuren ins Visier nehmen. Der Hinweis auf die Einordnung der „critical elections“ soll sig-

nalisieren, dass die einzelnen Beiträge mit den Thesen und Befunden – neben ihrer ureigenen und themenspezifischen Perspektive – noch unter diese zweite, gewissermaßen überwölbende Perspektive des Heftes eingeordnet werden können, die jeden individuellen Beitrag zugleich auch als beispielhaften Baustein dieser kontextbezogenen Variante der Diskussion von „critical elections“ erscheinen lässt. Jeder Beitrag soll und kann für sich gelesen und interpretiert werden; zugleich jedoch soll das Heft in seiner Gesamtheit den Interessenten die Möglichkeit anbieten, die jeweiligen Beiträge in einen größeren Interpretations- und Deutungsrahmen einzuordnen.

Zu den Beiträgen des Themenschwerpunktes

Gerd Mielkes Beitrag ist quasi das inhaltliche Dach für die folgenden Beiträge. „Critical elections“ haben demnach eine spezifische Vorgeschichte: Sie bringen „weniger normale“ Wahlergebnisse mit auffälligen Veränderungen im sozio-ökonomischen, kulturellen und auch im politischen Vor- und Umfeld in Zusammenhang. Die These des amerikanischen Wahlforschers Valdimer Orlando Key jr. von den „critical elections“ und den Kontextveränderungen in ihrem jeweiligen Vorfeld führt im Umkehrschluss zu der Hypothese, dass markante Kontextveränderungen ihrerseits „critical elections“ mit Umbrüchen in der Wählerschaft auslösen.

Diese Hypothese wird hier auf die Bundestagswahl 2021 bezogen. Als markantestes Merkmal wird dabei die Neupositionierung der Grünen im Parteiensystem hervortreten. Wie sich diese vermutlich neue Stellung der Grünen zukünftig auf die anderen Elemente des Parteiensystems und die daraus erwachsenden Koalitionsoptionen auswirken wird, ist noch nicht abzuschätzen. Sie dürfte weitreichende Folgen für die Entwicklung auch fast aller anderen Parteien nach sich ziehen, die sich dann wiederum bei den kommenden Wahlen, auch auf Landesebene, manifestieren werden.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen von rechtspopulistischen Anfeindungen einerseits und identitätskritischer Infragestellung andererseits besitzt das Superwahljahr 2021 auch aus gleichstellungspolitischer Perspektive, so *Beate Rosenzweig*, durchaus den Stellenwert einer „critical election“. Unter den gegenwärtigen politischen Kontextbedingungen ist, so die These, mehr und nicht weniger (partei-)politisches Engagement für Gleichstellungspolitik gefordert. Inwieweit dies nach der Bundestagswahl umzusetzen ist, hängt nicht unmaßgeblich von der dann möglichen Regierungskoalition ab.

Die Parteien begegnen dem digitalen Wahlkampf unterschiedlich: So gut wie alle setzen innerparteiliche demokratische Verfahren webbasiert um. Die Bereit-

stellung von Materialien für Unterstützer*innen reicht von Logos und Vorlagen zum Download für alle oder nur für Parteimitglieder bis hin zu Offlineformaten. Manche Parteien unterhalten eigene Kampagnenseiten, andere bauen die etablierten Parteiseiten aus. Die Einbindung von Bürger*innen in den Programmstehungsprozess reicht von digitalisierten Teilnehmungsformaten bis zur bloßen Präsentation des Programms. Mit Blick auf den verbleibenden Wahlkampf sollte das Augenmerk auf die digitale Einbindung von Unterstützer*innen gerichtet werden, aber auch die Personalisierung der Wahlkämpfe der Parteien ist interessant: Gelingt es, die Spitzen- bzw. Kanzlerkandidat*innen auch im digitalisierten Distanzwahlkampf als eigene Marke zu etablieren? Dies fragen *Jasmin Fitzpatrick* und *Paula Jöstin* in ihrer Analyse.

Graduelle Veränderungsprozesse der jüngeren Vergangenheit sind der strukturelle Hemmschuh für die unmittelbare Durchschlagskraft der Pandemie auf die Bundestagswahl im Sinne einer „critical election“. Die Corona-Krise hat diese Veränderungsprozesse vielleicht deutlicher zutage treten lassen – das aufklärerische Bild der Pandemie als „Brennglas“, unter dem bereits vorher angelegte Entwicklungen klarer erkennbar werden, hat sich hier etabliert –, aber sie hat sie nicht ursächlich hervorgebracht, konstatiert Martin Florack.

Nach den drei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im ersten Halbjahr 2021 bleibt der Ausgang der Bundestagswahl weiterhin offen. Es lassen sich aus den drei Wahlen keine parteipolitischen Trends ableiten, wonach landespolitische Erfolge oder Niederlagen auch zu entsprechenden Zuwächsen oder Verlusten in den bundesweiten Umfragen führen, so der Befund von Ulrich Eith. Es wird wahlentscheidend sein, ob und wie die Parteien ihre zentralen Themen zur Wählermobilisierung setzen und wer die öffentliche Themenagenda in seinem Sinne entscheidend mitgestalten kann. Hierfür liefern die drei letzten Landtagswahlen vielfältiges aktuelles Anschauungsmaterial. Die Grünen müssen zudem entscheiden, inwieweit sie sich durch die erfolgreiche grüne Politik in Baden-Württemberg für ihren Bundestagswahlkampf inspirieren lassen. Ein politischer Umbruch erscheint möglich, die Bundestagswahl im September hat das Potential zur *Critical Election*.

Tobias Dürr zeichnet ein durchaus düsteres Bild vom Zustand der Union. Von 72 Jahren seit der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 stellte die Christdemokraten 52 Jahre den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin. Vielleicht wird dies auch nach den Bundestagswahlen 2021 so sein. Dennoch bleibt zu fragen, ob mit Armin Laschet die CDU einen zeitgemäßen Vorsitzenden und potentiellen Bundeskanzler stellt, der die anstehenden großen Herausforderungen etwa in der Klimapolitik angemessen beantworten kann.

Wenige Monate vor der Bundestagswahl hat sich die Union in den Umfragekeller manövriert – und die SPD kann in keiner Weise davon profitieren. Wie

konnte es dazu kommen? Dieser und weiteren Fragen geht *Horand Knaup* in seinem Beitrag nach. Für seine Kampagne hat Spitzenkandidat Olaf Scholz die Aufbruchs- und Wechselstimmung im Elektorat unterschätzt. In ihren früheren Hochburgen hat die Partei dramatisch an Rückhalt verloren. Zentrale Zielgruppen – Jungwähler*innen, Gewerkschafter, urbanes Publikum – haben sich verabschiedet. Die Partei hat ein massives Imageproblem, gilt nach 19 Regierungsjahren nicht mehr als Motor gesellschaftlichen Fortschritts und hat obendrein den Anschluss an neue soziale Bewegungen verloren. Noch immer steht der klassische Industriearbeiter im Mittelpunkt der sozialdemokratischen politischen Ansprache. Nur schwerfällig realisiert die Partei, dass sich die Arbeitswelt dramatisch verändert hat und immer mehr dienstleistungs- und wissensbasierte Branchen zur Wertschöpfung beitragen. Ein bezeichnendes Detail: Das aktuell gültige Grundsatzprogramm stammt aus dem Jahr 2007 – in bewegten Zeiten zu alt für eine Partei der Postmoderne.

Vieles spricht dafür, die Grünen als die strategischen Gewinner der letzten Legislaturperiode einzuschätzen, so *Gerd Mielke*. Union und SPD haben als bislang tragende Säulen des bundesrepublikanischen Parteiensystems viel von ihrer einstigen Dominanz eingebüßt und daas nicht nur mit Blick auf den zum Teil dramatischen Rückgang ihrer Stimmenanteile, sondern vor allem auf die starken Einbußen in ihren Traditionswählerschaften, die wiederum mit der Preisgabe ihrer jeweiligen „Markenkerne“ durch die christdemokratischen und sozialdemokratischen Partieliten verbunden sind. Die Erschöpfung von Union und SPD einerseits und die gleichzeitige Stabilisierung der Grünen auf einem vergleichbaren Stimmenniveau andererseits haben im Lauf der Legislaturperiode ein Parteiensystem hervorgebracht, in dem sich vor allem die SPD in ihrer Position als Alternative und Gegenpol zur CDU/CSU durch die Grünen herausgefordert sieht. Mit den erkennbaren Bewegungen und Rochaden auf dem Wählermarkt, die allein von den Grünen vollzogen worden sind, sollte die Bundestagswahl 2021 ihren Platz als eine „critical election“ in der deutschen Wahlgeschichte finden.

Auch für die AfD ist die Bundestagswahl 2021 eine „kritische Wahl“. Sie tritt an, um zum zweiten Mal in den Bundestag einzuziehen. Dies wäre für die Alternative für Deutschland ein Erfolg, unabhängig vom Wahlergebnis. Der Wiedereinzug würde sie noch stärker im Parteiensystem etablieren. Dabei setzt die AfD auf eine Wahlkampagne, die Querverbindungen zwischen ihrem Markenkern und den übrigen, für die Wählerschaft wichtigen Themen zieht. Die AfD ist dabei eine von tiefen Konflikten gezeichnete Partei, die zwar bei der Wahlentscheidung für oder gegen sie keine Rolle spielen, deren Auflösung aber eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung der Partei in der Zeit nach der Bundestagswahl 2021 spielen wird.

Auch darauf müssen die anderen politischen Akteure im Wahlkampf und später im Bundestag eine Antwort finden, fordert *Fedor Ruhose*.

Die Rubriken

Die *Aktuelle Analyse* präsentiert in diesem Band zwei Beiträge: In die deutsche Protestlandschaft haben sich seit dem Herbst 2019 ebenfalls Bäuerinnen und Bauern eingereiht, die u. a. durch Blockaden und Mahnwachen auch Anfang 2021 immer wieder Aufmerksamkeit erregen. Die Forderungen und Anliegen, die mit den Protesten durchgesetzt werden sollen, sind vielfältig und beziehen sich sowohl auf ökonomische Existenzsorgen als auch auf gesellschaftliche Anerkennungsdefizite. Um einen Einblick in die Hintergründe und die zugrundeliegenden Sorgen zu erlangen, wurde eine quantitative Befragung im landwirtschaftlichen Protestmilieu durchgeführt, deren Ergebnisse von *Rolf G. Heinze*, *Rabea Bieckmann*, *Sebastian Kurtenbach*, *Armin Kückler* in einer Aktualen Analyse vorgestellt werden. Nach einer agrarsoziologischen Einordnung wird der Fokus insbesondere auf die politische Verortung der protestierenden Bäuerinnen und Bauern gelegt.

Vor zwanzig Jahren als das Weltsozialforum zum ersten Mal in Porto Alegre in Brasilien stattfand, war es eine Veranstaltung, die sich für eine Globalisierung ‚von unten‘ einsetzte. Was hat sich seit dem ersten Weltsozialforum bis hin zur pandemiebedingt erstmalig rein virtuellen, fünfzehnten Ausgabe des Weltsozialforums des Jahres 2021 verändert? Zur Beantwortung dieser Frage nahm der *Christian Schröder* an verschiedenen Aktivitäten während der Veranstaltungstage im Januar 2021 teil, analysierte Dokumente und führte Gespräche mit langjährigen Weltsozialforumsaktivist*innen. Die Antwort lautet: Verändert hat sich vieles, aber (immer noch) nicht der Grundansatz des Weltsozialforums. Mehr dazu in der Aktualen Analyse.

In der Rubrik „*ipb beobachtet*“ macht *Julika Mücke* einen Vorschlag zur Konzeptionalisierung von riots. Dabei geht sie der Frage nach, warum sich die Bewegungsforschung so schwer damit tut, riots als Ausdrucksform von Protest zu verstehen.

Im Pulsschlag befasst sich *Jan Maisenbacher* in seinem Beitrag mit dem Thema „Demokratie und Islam. Die Beteiligung von Muslim*innen in Deutschland.“ Sogenannte Islamkritiker*innen behaupten, „der Islam“ und die Demokratie seien unvereinbar. Ablehnung und Vorbehalte gegenüber Muslim*innen und somit weit verbreitete Islamfeindlichkeit werden dadurch befördert. Infolgedessen kann eine Beteiligung von Menschen muslimischen Glaubens an der Gesellschaft und Demokratie erschwert sein. Der Autor geht der Frage nach, wie

demokratische Beteiligung von Muslim*innen unter diesen Umständen ausgeübt wird. Welche förderlichen Faktoren können identifiziert werden und was hat das Engagement mit dem islamischen Glauben zu tun? Nach der Darstellung und Diskussion der Erkenntnisse aus der dem Beitrag zugrundeliegenden Interviewstudie kommt er zu dem Schluss, dass Muslim*innen gestärkt und sichtbarer werden sollten durch die Anerkennung ihres Engagements und die Einbeziehung von Moscheegemeinden in lokale zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse.

Die Klimaliste gibt den Teilen der Klimabewegung eine Stimme, die ihren Glauben an die Grünen verloren haben – in einer wissenschaftsbasierten Bewegungspartei mit einer neuartigen Kommunikationskultur, so *Klaus Farin* in seinem Beitrag.

Larissa Donges analysiert und diskutiert die Beteiligungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen an der nationalen Klimapolitik.

In unserer *Literatur-Rubrik* besprechen *Verena Stern* und *Matthias Falter* mit „Die Methode AfD“ ein neu erschienenes Buch der Journalistinnen Katja Bauer und Maria Fiedler. *Behzad Förstl* blickt auf einen in diesem Jahr bei Transcript herausgegebenen Sammelband zur Situation der Zivilgesellschaft in Deutschland und *Karin Ulrich* rezensiert das viel beachtete Buch „Das unzufriedene Volk“ von Detlef Pollack.

Online+ 3/21

In unserer Rubrik *online plus*, die die Redaktion jeweils ergänzend zum Print auf der Redaktions-Homepage kostenfrei anbietet, begleiten Dörte Themann, Lucas Schwarz, Rosaria Di Nucci und Achim Brunnengräber (FU Berlin) die Debatte und das Verfahren um die atomare Endlagerung bereits mit einem zweiten Beitrag. Patrizia Nanz antwortet als Vizepräsidentin des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung auf diese Kritik.

Simon Wehden und der Klimarat Berlin analysieren die Rolle von Bürger*innenräten beim Umgang mit den Herausforderungen des Klimawandels und Veysi Dag analysiert einen institutionellen Rassismus an Universitäten in Berlin im Ausgang von Erfahrungen einer Diskriminierung von ausländischen Studierenden aus Staaten des Globalen Südens. Alle Texte sind erreichbar unter <http://forschungsjournal.de/fjsb-plus>.